

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004095/2025/rev.1
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Christophe Gomart (PPE), François-Xavier Bellamy (PPE), Céline Imart (PPE), Nadine Morano (PPE), Isabelle Le Callennec (PPE), Laurent Castillo (PPE), Hélder Sousa Silva (PPE), Pekka Toveri (PPE), Tomáš Zdechovský (PPE), Marta Wcisło (PPE), Michael Gahler (PPE), Matej Tonin (PPE), Nicolás Pascual de la Parte (PPE), Miriam Lexmann (PPE), Davor Ivo Stier (PPE), Malika Sorel (NI)

Betrifft: Rechtssicherheit des Instruments für Sicherheitsmaßnahmen für Europa nach
 Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Union

Am 20. August 2025 gab das Parlament bekannt, dass es beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) Klage gegen den Rat eingereicht habe. Gegenstand der Klage ist die Berufung auf Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) als Rechtsgrundlage für das am 27. Mai 2025 angenommene Instrument für Sicherheitsmaßnahmen für Europa (SAFE)¹. Durch die Berufung auf diesen Artikel als Rechtsgrundlage wird dem Parlament das Recht genommen, vertrauliche Angelegenheiten eingehend zu prüfen.

Zwar soll mit dem SAFE-Instrument als Teil des Plans „ReArm Europe“ die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung (EDTIB) rasch gestärkt werden, jedoch wurde mit der Entscheidung der Kommission, die demokratische Kontrolle zu umgehen, nicht nur die Rechtssicherheit des Instruments infrage gestellt, sondern auch das institutionelle Gleichgewicht missachtet.

Am 9. September 2025 gab die Kommission bekannt, wie sich die vorläufige Zuweisung der Darlehensbeträge aus dem SAFE-Instrument an die betreffenden Mitgliedstaaten gestaltet. So soll mit insgesamt 150 Mrd. EUR die Abwehrbereitschaft der Mitgliedstaaten im Verteidigungsbereich verbessert werden.

1. Inwiefern wirkt sich die Tatsache, dass sich der EuGH mit dieser Rechtssache befasst, auf die Projekte aus, die im Rahmen des SAFE-Instruments finanziert werden, und was unternimmt die Kommission, damit sie verwirklicht werden?
2. Wird die Kommission, um die Zusammenarbeit mit dem Parlament wieder transparenter zu gestalten und eine angemessene Kontrolle zu ermöglichen, alle Einzelheiten zu den im Rahmen des SAFE-Instruments zugesagten Mitteln offenlegen? Wenn ja, nach welchem Zeitplan?
3. Beabsichtigt die Kommission, was andere Komponenten des Plans „ReArm Europe“ angeht, sich auch auf Artikel 122 AEUV zu berufen?

Eingang: 17.10.2025

¹ ABl. C 326 vom 26.10.2012, ELI: http://data.europa.eu/eli/treaty/tfeu_2012/art_122/oj.